

Antrag

der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Annexion von Teilen des Westjordanlandes verhindern – Friedenslösung im Nahen Osten retten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Massenmord, den die Deutschen während der Nazidiktatur an den Jüdinnen und Juden begingen, lässt uns mit besonderer Sensibilität das Existenzrecht Israels verteidigen.

Das darf uns aber nicht hindern, Unrecht und Völkerrechtsverletzungen Israels zu benennen und zu verurteilen. Die Palästinenserinnen und Palästinenser haben das gleiche Recht wie Jüdinnen und Juden auf einen eigenen Staat, der ihre Sicherheit gewährleistet.

Nach mehr als einem Jahr kommissarischer Regierung und drei Parlamentswahlen unterzeichneten am 20. April 2020 Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und Oppositionsführer Benjamin Gantz eine Vereinbarung für eine „nationale Notstandsregierung“ in Israel. Darin wird die Annexion von Teilen der Westbank festgeschrieben. Ostjerusalem ist anders als in den Oslo-Verträgen nicht als Hauptstadt des Staates Palästina vorgesehen.

Die neue Koalitionsregierung betreibt damit offensiv die Annexion von Teilen der Westbank und hat zur positiven Sanktionierung des Völkerrechtsbruchs eine Abstimmung in der Knesset für Juli 2020 angesetzt. Unterstützt und forciert werden diese Bestrebungen vom US-Präsidenten Donald Trump, dessen sogenannter Friedensplan „Deal des Jahrhunderts“ die Blaupause für die angestrebte Annexion lieferte. Mit der geplanten Annexion würden die vom US-Präsidenten Donald Trump und seinem Team ausgearbeiteten Pläne in die Tat umgesetzt. Der mit der israelischen Regierung, aber ohne die Palästinenser und Palästinenserinnen abgestimmte US-Plan stellt eine endgültige Abkehr der US-Administration vom sogenannten Oslo-Prozess und von gültigen UN-Resolutionen dar. Die geplante Annexion verstößt beispielsweise gegen die 2016 einstimmig unter Enthaltung der USA vom UN-Sicherheitsrat verabschiedete Resolution 2334, in der ein Ende des israelischen Siedlungsbaus in der Westbank und in Ostjerusalem gefordert und dieser als völkerrechtswidrig verurteilt wird, um die von den UN verabschiedete Zweistaatenlösung zu retten. Die Umsetzung des Plans des

US-Präsidenten Donald Trump durch die israelische Regierung ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechts und gefährdet jede politische Lösung des Nahost-Konflikts. Die Durchführung der Annexion bedeutet, dass die Gründung eines lebensfähigen und unabhängigen palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 im Rahmen einer verhandelten Zweistaatenlösung nahezu unmöglich wird.

Die Annexion von Teilen des Westjordanlandes wird die Ablehnung Israels bei den Palästinenserinnen und Palästinensern erhöhen, zu einer Radikalisierung und zu verstärkten Angriffen führen. Daraus ergibt sich, dass nur mit einer gerechten Zweistaatenlösung sich auch die Sicherheit Israels erhöhen lässt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf die israelische Regierung einzuwirken, die geplanten Annexionsbestrebungen nicht umzusetzen;
2. im Falle der Annexion endlich die Militärkooperation mit Israel zu beenden und einen Waffenexportstopp für den gesamten Nahen Osten, der auch Israel einschließt, zu erlassen;
3. sich im Falle einer Annexion dafür einzusetzen, dass die EU die notwendigen und angemessenen Reaktionen gegenüber Israel beschließt und das EU-Assoziierungsabkommen, das auf der Osloer Friedensvereinbarung von 1993 beruht, auszusetzen;
4. die Initiative für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten zu ergreifen, um den sich immer weiter zuspitzenden Konflikt diplomatisch zu lösen und zu einer zwischen Israel und den Palästinenserinnen und Palästinensern ausgehandelten Konfliktlösung zu kommen;
5. die Wiederaufnahme von Friedensgesprächen zwischen Israel und Palästina zu befördern sowie intensiv zu begleiten, damit ein System der gegenseitigen Sicherheit zwischen Israel und Palästina möglich wird;
6. sich dafür einzusetzen, dass beide Konfliktparteien die Lösung des Konflikts mit nichtmilitärischen Mitteln anstreben, insbesondere ohne völkerrechtswidrige Schritte und ohne den Einsatz von Kriegswaffen, Terroranschlägen sowie Vergeltungs- und Strafmaßnahmen;
7. im Falle der Annexion endlich Palästina als souveränen Staat anzuerkennen, sich für dessen Aufnahme als Vollmitglied der Organisation der Vereinten Nationen einzusetzen und mit Palästina zu vereinbaren, die gegenseitigen Vertretungen in den Rang von Botschaften zu erheben.

Berlin, den 30. Juni 2020

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion